



Afrika im Blickpunkt

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs

Nummer 4

Oktober 2005

ISSN 1619-3156

Nach elf Monaten südafrikanischer Vermittlung:
Keine Wahlen in Côte d'Ivoire – Friedensprozess in der Sackgasse

Axel Biallas / Andreas Mehler

Im November 2004 scheiterte der vorerst letzte Versuch Präsident Laurent Gbagbos, die Rebellion, die das Land seit drei Jahren nicht nur geographisch entzweit, mit militärischen Mitteln zu schlagen. Gezwungenermaßen ließen sich die Konfliktparteien erneut auf internationale Vermittlungsbemühungen ein, diesmal durch Südafrika. Präsident Thabo Mbeki schien zunächst weitaus erfolgreicher als seine Vorgänger zu sein. Er erreichte unter anderem die formelle Beendigung des Kriegszustands und die Vereinbarung, entsprechend den Vorschriften der ivoirischen Verfassung am 30. Oktober 2005 Präsidentschaftswahlen durchzuführen. Mittlerweile aber bezichtigten die Rebellen den Vermittler der Parteilichkeit; westafrikanische Staaten wollen Mbeki abgelöst sehen. Und angesichts des stockenden Friedensprozesses erklärte UN-Generalsekretär Kofi Annan am 8. September 2005, dass die Wahlen zum geplanten Zeitpunkt nicht stattfinden könnten. Wieder steht die internationale Gemeinschaft vor einem Scherbenhaufen und das Land selbst in einer neuen "Krise in der Krise".

Die Vermittlungsbemühungen Mbekis

Südafrikas Präsident Thabo Mbeki war auf die Vermittlerbühne getreten, als Frankreich diese verlassen hatte. Scharfzüngige Beobachter deuten die Evakuierung Tausender französischer Staatsbürger im Herbst 2004 aus Côte d'Ivoire inzwischen als symbolisches Ende des postkolonialen Pariser Einflusses auf dem Nachbarkontinent: „Frankreich hat „sein Afrika“ in der Nacht vom 6. zum 7. November 2004 in Abidjan verloren“.¹ Paris ist mit seiner zunächst vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen abgesegneten Operation *Licorne* (= Einhorn) zwar weiterhin aktiv daran beteiligt, ein Wiederaufflammen der Kämpfe zu

verhindern. Als Vermittler zwischen Regierung und Rebellen käme die ehemalige Kolonialmacht derzeit jedoch kaum mehr in Frage. Zu tief sitzt das Misstrauen auf beiden Seiten.

Zum einen stellt Guillaume Soro, der Chef der auf *Forces Nouvelles* (FN) getauften Rebellenbewegung, die Legitimität der französischen Intervention gerade deswegen in Frage, weil sie den status quo und die faktische Zweiteilung des Landes zementiert beziehungsweise Gbagbo sogar logistisch unterstützt habe. In einem Interview erklärte er: „Die Intervention Frankreichs geschah voreilig und ohne Mandat der Vereinten Nationen. Falls die ivoirische Rebellion die Oberhand über das diktatorische Regime Monsieur [sic!] Gbagbos gewonnen hätte, sähe die Lage ganz

¹ Antoine Glaser/Stephen Smith: Comment la France a perdu l'Afrique. Paris 2005, S. 11.

anders aus“.² Das vom französischen Präsidenten Jacques Chirac zwischen Regierung und Rebellen vermittelte Abkommen von Linas-Marcoussis hatte seinerzeit wiederum Präsident Gbagbo als Diktat empfunden. Und seit den Ereignissen vom November 2004, als das französische Militär nach einem Angriff auf einen seiner Stützpunkte die gesamte ivorische Luftwaffe zerstörte, ist das Verhältnis zwischen Paris und Abidjan endgültig auf einem Tiefpunkt angekommen, zumal damit auch der militärische Versuch Gbagbos scheiterte, die Rebellen in einer Großoffensive zu besiegen.

Aufgrund der damaligen Zuspitzung des Konflikts beauftragte der Vorsitzende der Afrikanischen Union und nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo nach Konsultationen mit der ECOWAS umgehend seinen südafrikanischen Kollegen Mbeki mit der Aufnahme von Vermittlungsbemühungen in Côte d’Ivoire.

Was der Elysée-Palast von einem solchen Engagement in seinem *pré carré* hält, brachte Präsident Chirac am 2. Februar 2005 deutlich zum Ausdruck, als er auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem senegalesischen Präsidenten Abdoulaye Wade in Dakar einerseits die Initiative Mbekis begrüßte, diesem andererseits aber auch Erfolglosigkeit attestierte und indirekt unterstellte, die Eigenheiten Westafrikas nicht genügend zu kennen.³ Auch kritische französische Medien sehen das sieben Monate später kaum anders.

Wie auch immer man Chiracs diplomatischen Fauxpas beurteilt, stellt sich doch die Frage, warum Mbeki diese schwierige Aufgabe im frankophonen Afrika überhaupt übernommen hat. Noch als Vize Nelson Mandelas hatte der zweite Präsident des neuen Südafrika begonnen, seine Vision einer African Renaissance zu entfalten. Seither ist viel darüber gestritten worden, welche Substanz hinter diesem Schlagwort eigentlich stehe. Im Wesentlichen geht es um das übergeordnete außenpolitische Ziel, den Kontinent langfristig aus seiner weltpolitischen Marginalisierung, seiner Abhängigkeit vom industrialisierten Westen herauszuführen. Hinzu kommen eher universelle Vorstellungen von guter Regierungsführung, die auch in Afrika Geltung beanspruchen können. Dieser Geist steht auch hinter der NEPAD-Initiative sowie dem African Peer Review

Mechanism, die wesentlich von Südafrika mitgeprägt wurden.

Der einstige Pariastaat, dem mittels einer Regierung der nationalen Einheit ein friedlicher Übergang zum Prinzip der *majority rule* gelungen ist, erfüllt seine neue Vorbildfunktion allerdings trotz der hieraus erwachsenen *soft power* nur mit Bedacht. Gerade im südlichen Afrika sind den Entscheidungsträgern die militärischen Auslandseinsätze und Destabilisierungsversuche des Apartheidregimes noch präsent. Mancher deutet nun das vorsichtige Auftreten als „*reluctance to lead*“ und attestiert dem Land eine schizophrene Außenpolitik.⁴ Andererseits wird Pretoria auf dem Kontinent durchaus noch misstrauisch beobachtet, wenn es heute unter anderen Vorzeichen wieder dabei ist, eine Führungsrolle im Rahmen der Afrikanischen Union und des NEPAD-Prozesses zu übernehmen. Es geht also auch um Vertrauensbildung, wenn Pretoria – wie etwa im Kongokonflikt oder in Burundi – immer wieder versucht, vermittelnd einzugreifen und das eigene Erfolgsrezept der Transition unter Beteiligung aller Konfliktparteien zu exportieren.⁵ Im Falle Burundis wird man nach gelungenen Wahlen von einem vorläufigen Erfolg dieses Engagements sprechen können.

Aus diesem Blickwinkel erschien es nur konsequent, als Pretoria sich auch in den Friedensprozess in der Côte d’Ivoire als „ehrlicher Makler“ einschaltete. Dieses Feld nicht der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich zu überlassen, entspricht der Vision der Eigenverantwortung, die Mbeki für „seinen“ Kontinent hegt. Dabei ist davon auszugehen, dass er dies weitestgehend uneigennützig tut, sieht man einmal von der Tatsache ab, dass er sich auf außenpolitischem Parkett generell besser als in den Niederungen der Innenpolitik bewegt und sich bei einem Erfolg der Mission – längerfristig betrachtet – durchaus Geschäftsverbindungen für die expandierende südafrikanische Wirtschaft ergeben könnten. Zunächst sah es auch so aus, als würde sich seine Beharrlichkeit in der Côte d’Ivoire – entgegen der kaum verhüllten negativen Einschätzung Chiracs – schließlich doch auszahlen: Die Konfliktparteien verkündeten am 6. April 2005 in Pretoria das offizielle Ende der Feindseligkeiten und einigten sich auf weitere Schritte, die sie in einer Erklärung vom 29. Juni 2005 noch einmal kon-

² Guillaume Soro: „L’intervention de la France n’avait aucune légitimité“. In: *Marchés Tropicaux*, 60 (27 mai 2005) 3105, S. 18.

³ Chirac äußerte wörtlich: „Jusqu’ici cela n’a pas eu un effet particulièrement fort, il faut bien le reconnaître c’est l’Afrique de l’Ouest, avec ses propres caractéristiques, il faut bien la connaître et je souhaite beaucoup que le Président Mbeki, je le répète, dont nous soutenons le processus s’immerge dans l’Afrique de l’Ouest pour comprendre la psychologie et l’âme de l’Afrique de l’Ouest car dans les périodes de crise, il faut bien connaître la psychologie et l’âme des gens“ (<http://www.elysee.fr/>, 02.09.2005).

⁴ So Adam Habib/Nthakeng Selinyane: South Africa’s Foreign Policy and a Realistic Vision of an African Century. In: Elizabeth Sidiropoulos: *Apartheid Past, Renaissance Future. South Africa’s Foreign Policy: 1994-2004*. Johannesburg 2004, S. 55.

⁵ Dieses Vorgehen enthält Risiken, siehe Denis Tull/Andreas Mehler: *The Hidden Cost of Power-sharing: Reproducing Insurgent Violence in Africa*. In: *African Affairs*, 104/416, S. 375-398.

ketisierten.⁶ Die wichtigsten Punkte dieser Vereinbarungen waren:

- Auflösung der Milizen auf dem gesamten Staatsgebiet bis zum 20. August 2005;
- Durchführung eines Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammes;
- Ausbildung von 600 FN-Leuten, die an der Seite der UNO-Mission ONUCI Polizeiaufgaben im Rebellengebiet übernehmen sollen;
- Ausarbeitung eines Plans, um die Sicherheit der FN-Minister und Präsidentschaftskandidaten zu garantieren;
- Bekräftigung der Autorität des Premierministers der Regierung der nationalen Versöhnung (Seydou Diarra) durch den Staatspräsidenten;
- Einrichtung einer Unabhängigen Wahlkommission, um das Nationale Statistische Amt bei der Durchführung von Wahlen unter UN-Aufsicht zu kontrollieren;
- Wiederaufnahme des Sendebetriebs der nationalen Radio- und Fernsehanstalt auf dem gesamten Staatsgebiet, Regelung der Frage der Besetzung ihres Vorstands;
- Ausweitung des Prinzips der öffentlichen Parteienfinanzierung auf nicht im Parlament vertretene Parteien;
- Vornahme notwendiger Gesetzesänderungen hinsichtlich der Einrichtung einer unabhängigen Wahlkommission, der Parteienfinanzierung, von Staatsangehörigkeits- und Passfragen, der Menschenrechtskommission, der Druckmedien sowie der audiovisuellen Kommunikation;
- Ermöglichung der formellen Wählbarkeit aller bekannten Aspiranten auf das Präsidentenamt.

Wichtige Vereinbarungen zur Lösung der Krise in Côte d'Ivoire:

| Abkommen | Datum | Vermittlung |
|------------------|------------|---|
| Lomé | 31.10.2002 | Eyadéma (Togo, im Namen der ECOWAS) |
| Linás-Marcoussis | 23.01.2003 | Chirac (Frankreich als ehemalige Kolonialmacht) |
| Accra II | 07.03.2003 | Kufuor (Ghana, amt. Präsident der ECOWAS) |
| Accra III | 30.07.2004 | Kufuor (Ghana, amt. Präsident der ECOWAS) |
| Pretoria I | 06.04.2005 | Mbeki (Südafrika, im Namen der AU) |
| Pretoria II | 29.06.2005 | Mbeki (Südafrika, im Namen der AU) |

⁶ Das Abkommen wurde neben dem Vermittler Mbeki von Gbagbo (Präsident), Seydou Diarra (Premierminister der Regierung der nationalen Versöhnung), Guillaume Soro (Generalsekretär der Rebellenbewegung „Forces Nouvelles“) sowie den beiden Chefs der Oppositionsparteien Henir Konan Bédié (PDCI, ehemaliger Präsident) und Alassane Dramane Ouattara (RDR, früherer Premierminister) unterzeichnet.

Nicht haltbarer Wahltermin

In Pretoria wurde vereinbart, den 30. Oktober 2005 als Termin für die Präsidentschaftswahlen anzuvisieren. Die Einhaltung des vorgesehenen Wahltermins erweist sich inzwischen als nahezu unmöglich, obwohl die Vorbereitungen bereits anliefen.

Gbagbo zeigte sich kooperationswillig: Am 26. April 2005 gab er bekannt, dass sich die Vertreter der Parteien, die das Abkommen von Pretoria unterzeichnet haben, zur Wahl stellen können. Bislang verbietet Artikel 35 der ivoirischen Verfassung Kandidaturen von Personen, deren Eltern nicht beide die Staatsangehörigkeit des Landes besaßen, was auf den Bewerber Ouattara zutrifft, da dieser nach verbreiteter Ansicht nur ein ivoirisches Elternteil nachweisen kann. Gbagbo, der unter allen Umständen eine Veränderung der im Jahr 2000 mit überwältigender Mehrheit per Referendum angenommenen Verfassung vermeiden wollte, berief sich auf südafrikanisches Anraten hin auf seine Sonderbefugnisse aus Artikel 48 der Verfassung,⁷ um per Notverordnung den vorgenannten Artikel 35 allein für diese Wahlen auszusetzen.

UN-Generalsekretär Kofi Annan ernannte den ehemaligen portugiesischen Außenminister und früheren Botschafter in Frankreich, Antonio Monteiro, zum Hohen Beauftragten für die Wahlen in Côte d'Ivoire.⁸ Die Europäische Union sagte zu, die Durchführung der Wahl mit € 7,9 Mio. aus dem Europäischen Entwicklungsfonds zu unterstützen. Und Monteiro führte bereits zur Vorbereitung einer Wahlbeobachtermission notwendige Sondierungsgespräche, sah sich in seiner Arbeit jedoch schon bald durch den stockenden Friedensprozess behindert.

⁷ Dort heißt es: „Lorsque les institutions de la République, l'indépendance de la Nation, l'intégrité de son territoire ou l'exécution de ses engagements internationaux sont menacées d'une manière grave et immédiate, et que le fonctionnement régulier des pouvoirs publics constitutionnels est interrompu, le Président de la République prend des mesures exceptionnelles exigées par ces circonstances après consultation obligatoire du Président de l'Assemblée Nationale et celui du Conseil Constitutionnel. Il informe la Nation par message.“

⁸ Das Corps der mit Vermittlungsaufgaben im weiteren Sinne betrauten Personen wird damit zunehmend unübersichtlich. Neben dem AU-Vermittler Mbeki, dem UN-Wahlbeauftragten Monteiro und dem offiziellen Leiter der UN-Mission ONUCI und schwedischen Spitzenpolitiker Pierre Schori soll nun auch der kürzlich von ONUCI ernannte Reggae-Musiker Alpha Blondy als Friedensbotschafter auftreten (RFI, 23.09.2005).

Die Oppositionskräfte in Côte d'Ivoire

Zu den *Forces Nouvelles* (FN) vereinigte Milizen:

- MPCI Mouvement patriotique de Côte d'Ivoire*
- MPIGO Mouvement populaire ivoirien du Grand Ouest*
- MJP Mouvement pour la justice et la paix*

Politische Parteien:

- MFA Mouvement des forces de l'avenir*
- PDCI-RDA Parti démocratique de Côte d'Ivoire - Rassemblement démocratique africain*
- PIT Parti ivoirien des travailleurs
- RDR Rassemblement des républicains*
- UDCY Union démocratique et citoyenne
- UDPCI Union pour la démocratie et pour la paix en Côte d'Ivoire*

* gemeinsames Auftreten unter der Bezeichnung „G7“

PDCI-RDA, RDR, UDPCI und MFA bilden die gemeinsame Wahlplattform „Rassemblement des Houphouëtistes pour la démocratie et la paix“ (RHDP).

Zunächst unterzeichneten Rebellen und Regierungsarmee am 9. Juli 2005 noch einen Zeitplan für die Durchführung eines Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramms. Es sah Pressemeldungen zufolge die Demobilisierung von etwa 2.000 bis 3.000 regierungsnahen Milizionären (bis 20. August 2005), 5.500 Regierungssoldaten und 42.000 Rebellen (bis 3. Oktober 2005) vor.⁹ Am 15. Juli 2005 sollte die Umsetzung des Plans beginnen, sobald Präsident Gbagbo die in Pretoria vereinbarten Gesetzesänderungen durchgeführt hätte. Dieser hielt sich an die Abkommen und stützte sich dazu auf sein Notverordnungsrecht, um ein schwieriges Abstimmungsverfahren in der Nationalversammlung zu vermeiden. Mit diesem diskreten Vorgehen konnten FPI-Hardliner in der Volksvertretung, wie der eigentlich aus dem Norden stammende Parlamentspräsident Mamadou Koulibaly oder Simone Ehivet Gbagbo, die Frau des Staatsoberhauptes, gegenüber ihren Anhängern ihr Gesicht wahren. Gleichzeitig waren aber die Oppositionskräfte von jeder Beteiligung bei der Ausformulierung der Rechtstexte ausgeschlossen. Sie stellten deswegen die Vereinbarkeit der per Dek-

⁹ Elimane Fall: Bas les armes, haut les urnes. In: *Jeune Afrique / l'Intelligent* (17 juillet) 2323, S. 34f.

ret ergangenen Gesetzesänderungen mit den geschlossenen Abkommen in Frage und äußerten Zweifel an der Integrität des Vermittlers Mbeki, als dieser nach einer Überprüfung durch unabhängige Juristen die betreffenden Rechtsakte guthieß.

Das tief sitzende Misstrauen der Konfliktparteien hatte sich vor allem im Streit um die Erstellung der Wählerlisten offenbart. Präsident Gbagbo überließ dies dem staatlichen Statistischen Amt, das hierfür auch die notwendige Expertise und Infrastruktur besitzt. Rebellen und Opposition fürchten aber, dass die Kontrollmöglichkeiten von Seiten der mit Vertretern aller Parteien besetzten Unabhängigen Wahlkommission nicht ausreichen. Außerdem wurde lange um die Zusammensetzung und insbesondere um die Anzahl der den Parteien zustehenden Sitze in der Wahlkommission, deren Errichtung Gbagbo am 22. September 2005 per Dekret anordnete, gestritten.

Seit 15. Juli 2005 stockt die Umsetzung des Demobilisierungsprogramms, da sich die Rebellen mit Verweis auf die genannten Probleme weigern, überhaupt die entsprechenden Sammelplätze aufzusuchen. Der vorgesehene Termin für die Entwaffnung der Milizen (20. August 2005) verstrich folgenlos, so dass die Einhaltung des Wahltermins schon aus formalen Gründen schwierig wurde. Am 25. August 2005 vermeldete die UNO-Mission ONUCI immerhin den Beginn der Auflösung von bewaffneten Gruppen, die bislang im Westen des Landes operierten. Inzwischen sollen dort 5.000 der Regierungsseite nahe stehende Milizionäre ihre Waffen abgegeben haben.¹⁰ Geradezu unwahrscheinlich wurde die baldige Durchführung von Wahlen durch die Zuspitzung des politischen Klimas, nachdem zwei ehemalige Militärführer ihrem früheren Dienstherrn Gbagbo unverhüllt drohten (s.u.).

Nun verschärften Rebellen und Opposition die Gangart und forderten den Rücktritt des Präsidenten, um den Weg für eine Regierung der nationalen Versöhnung freizumachen. Die Wahlen sollten ohne Gbagbo stattfinden, da dieser das Haupthindernis zum Frieden darstelle. In Pretoria sah man dies offensichtlich anders und machte hauptsächlich die mangelnde Kooperation durch die Rebellen für das Stocken des Friedensprozesses verantwortlich. Immerhin wurde am 2. September 2005 bekannt, dass Gbagbo die umstrittenen Dekrete noch einmal entsprechend südafrikanischer Vorschläge modifiziert hatte. Der Präsident wollte unter allen Umständen vermeiden, als

Hauptschuldiger am Stocken des Friedensprozesses zu gelten, schließlich hatten die Vereinten Nationen sowie die Afrikanische Union schon vor Monaten mit personenbezogenen Sanktionen gegen diejenigen Akteure gedroht, die den im Friedensprozess vereinbarten Pflichten nicht nachkämen.

Die Rebellen erneuerten hingegen ihre Kritik an der Vermittlung. Da Mbeki nicht neutral agiere, werde man nicht länger mit ihm zusammenarbeiten. Inwieweit sich Südafrika in diesem Klima des Misstrauens weiter engagieren wird, ist unterdessen unklar. Am 31. August 2005 berichtete der südafrikanische Verteidigungsminister Patrick Lekota dem UN-Sicherheitsrat über den Stand der Verhandlungen. Am Vortag hatte Vizeaußenminister Aziz Pahad das Ende der Mission bekannt gegeben und die Vermittlungsbemühungen wieder in die Hände der Vereinten Nationen gelegt. Aus dem Sicherheitsrat verlautete nach dem Bericht Lekotas hingegen, Pretoria werde weiter am Friedensprozess mitwirken. Auf einer Tagung des Friedens- und Sicherheitsrates der AU (14. September 2005) in New York – am Rande des UN-Gipfels – geriet Mbeki, der angibt, die Sitzung selbst geleitet zu haben, in die Schusslinie der Präsidenten Senegals und Nigerias.¹¹ Einiges spricht dafür, dass die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS das Heft wieder in die Hand nehmen wird. Mbeki wurde allerdings aufgefordert, dem AU-Gremium einen neuen Bericht über seine Vermittlung vorzulegen, der dann auch an den UN-Sicherheitsrat geht. Damit will Pretoria die Weltorganisation im Spiel halten.

Nachdem auch die südafrikanische Presse die französischen Medienberichte reproduziert hatte, wonach Mbeki auf dieser 38. Sitzung des AU-Sicherheitsrats seines Vermittlungsmandats enthoben worden sei, wandte sich das Büro des Präsidenten am 20. September 2005 mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, in der es die Zeitungsmeldungen als falsch bezeichnete und darauf hinwies, dass Südafrika weiterhin eine konstruktive Rolle im ivoirischen Friedensprozess spielen werde, aber auch eine Lagebeurteilung der ECOWAS gegenüber dem AU-Sicherheitsrat begrüßte. Bemerkenswert an dem Dementi aus den *Union Buildings* in Pretoria war vor allem sein ungewöhnlich scharfer Ton. In einem Absatz hieß es: „*The South African government is nevertheless mindful of the fact that there are significant interests at stake and that there would be elements who would feel threatened by peace breaking out [sic!] in the region, especially a peace brokered by and large by Africans themselves*”.

¹⁰ AFP, 16.09.2005. Es handelt sich um ehemalige Kämpfer folgender Gruppierungen: Front pour la libération du Grand Ouest (FLGO), Alliance des patriotes wê (AP-We), Mouvement ivoirien pour la libération de l'ouest (MILOCI) und Union des patriotes pour la réunification du Grand Ouest (UPRGO).

¹¹ Le Monde, 17.09.2005.

Dies darf als Retourkutsche für Chiracs Bemerkungen gesehen werden, mit denen er im Februar die Eignung Mbekis hinsichtlich einer Vermittlerrolle in einem westafrikanischen Konflikt angezweifelt hatte. Außerdem rücken solche Äußerungen westafrikanische Staatschefs von Wade (Senegal) über Blaise Compaoré (Burkina Faso) bis hin zum AU-Vorsitzenden Obasanjo (Nigeria) in die Nähe von Neokolonialisten beziehungsweise Lakaien Frankreichs, enthalten also erheblichen diplomatischen Zündstoff. Zum anderen zeigt dieser Satz, von welcher Geisteshaltung Mbekis Mission getragen wird: Seine Bemühungen stehen klar im Kontext seiner emanzipatorischen Vision von einer afrikanischen Renaissance. Darüber hinaus macht die Presseerklärung aber auch deutlich, in welchem Dilemma sich ein Vermittler befindet, der mit einem hohen moralischen Anspruch antritt und sich schließlich Verhandlungspartnern (hier: die Rebellen), die zum Teil gar nicht an einer einvernehmlichen Lösung interessiert zu sein scheinen, beziehungsweise Akteuren, die einen eventuellen Vermittlungserfolg gern für sich selbst verbuchen würden (hier: vor allem der senegalesische Präsident Wade)¹², gegenüber sieht. Dass auch eine bislang nur latente Rivalität der regionalen Führungsmächte Nigeria und Südafrika Hintergrund der Verwerfungen sind, kann nur gemutmaßt werden.

Ähnlich wie die südafrikanische Seite sehen auch Vertreter des französischen Verteidigungsministeriums die Rebellen als derzeit größtes Hindernis für den Friedensprozess an, obwohl das offizielle Paris keine Sympathie für Gbagbo hegt.¹³ Selbst unter suboptimalen Voraussetzungen wären Wahlen Ende Oktober zumutbar gewesen, und man fürchtet jetzt das große legale Vakuum in einer vermutlich angestrebten Dreimonatsfrist, in der genauso wenig gewährleistet ist, dass die Rebellen ihrer Entwaffnung zustimmen oder die Wählerlisten substantiell verbessert werden. Die Ungewissheit über den Fortgang des Friedensprozesses steigt dadurch, dass Gbagbo in einem Brief an Kofi Annan umgehend eine erneute Einmischung der ECOWAS zurückwies, da

¹² Wade erlitt seinerzeit durch den maßgeblich von Südafrika vorangetriebenen NEPAD-Prozess eine schwach kaschierte Niederlage. Sein Rezept (enthalten im sogenannten Omega-Plan), vor allem Forderungen an den Westen zu formulieren, konnte sich gegenüber den Ideen Mbekis, wonach die Afrikaner zunächst ihr eigenes Haus in Ordnung zu bringen haben, nicht durchsetzen. Dem senegalesischen Präsidenten wird gelegentlich ein besonderes persönliches Interesse an internationaler Aufmerksamkeit nachgesagt. Ihm wurde erst am 13. September 2005 der mit € 122.000 dotierte Félix-Houphouët-Boigny-Preis der UNESCO zugesprochen, um seine Vermittlungsbemühungen in innerafrikanischen Konflikten zu würdigen. Die Entscheidung fiel eine Jury unter Vorsitz Henry Kissingers.

¹³ Gespräche eines der Autoren in Paris (Sep. 2005).

einige ihrer Mitgliedsstaaten direkt in die ivorische Krise verwickelt seien. Hierbei dürfte er zum Beispiel an Burkina Faso denken, das im Verdacht steht, die Rebellion materiell zu unterstützen. Ein Sondergipfel der ECOWAS ohne Gbagbos Beteiligung endete am 30. September ohne klares Ergebnis; der AU-Friedens- und Sicherheitsrat wird am 6. Oktober erneut tagen.

Sicherheitsapparat und Ethnisierung¹⁴

In dieser Zwischenphase werden neue Putschversuche wahrscheinlicher. Darauf deuten beunruhigende Entwicklungen im Militär hin. So veröffentlichte der ehemalige Sprecher der Regierungstruppen, Jules Yao Yao, am 16. August 2005 eine Liste mit Namen von Personen aus dem unmittelbaren Umfeld des Präsidenten und warf diesen vor, für die Aufstellung von Todesschwadronen verantwortlich zu sein, denen unter anderem im Jahr 2002 der Innenminister sowie Ex-Präsident General Robert Guéi – der Kopf des Militärputsches von 1999, des ersten, den das Land in seiner Geschichte erlebt hatte – zum Opfer gefallen sein soll. Wenig später meldete sich der ehemalige Generalstabschef Mathias Doué über Radio France International aus dem Exil und kündigte seine baldige Rückkehr nach Côte d'Ivoire an. Er forderte die internationale Gemeinschaft in diesem Interview unverhohlen auf, auf Gbagbos Abgang hinzuarbeiten. Ansonsten werde man ihn innerhalb weniger Tage stürzen.

Versuche hierzu hat es auch Wochen nach den Drohungen Doués noch nicht gegeben. Die Forces Nouvelles solidarisierten sich aber mit dem ehemaligen Generalstabschef, der nach dem Scheitern der gegen sie gerichteten Operation *Dignité* (= Würde) im letzten Herbst vom Präsidenten, vordergründig wegen Unfähigkeit, entlassen worden war, obwohl er sich stets loyal verhalten hatte. Doué, oft als „Sphinx“ titulierte, galt allerdings immer auch als ein möglicher Kandidat zur Leitung einer neuen Transitionsphase und zog daher das Misstrauen des Präsidenten auf sich. Die Drohungen der ehemaligen Spitzenmilitärs Doué und Yao Yao gegen das Regime rücken also den Zustand der *Forces armées nationales de la Côte d'Ivoire* (FANCI), „*l'une des armées les plus putschistes d'Afrique*“,¹⁵ in den Fokus der Aufmerksamkeit. Um sie zu kontrollieren, setzt Gbagbo auf die ethnische Karte. Das heißt, er besetzt Schlüsselpositionen systematisch mit Angehörigen seiner eigenen Volksgruppe, den *Bétés*. Das gleiche Rezept findet auch auf die Gendarmerie und die Polizei Anwendung, die unter

¹⁴ Einen Überblick über den ivorischen Sicherheitsapparat bietet: Christophe Boisbouvier: Gbagbo et l'armée. Qui menace qui? In: *Jeune Afrique / l'Intelligent* (14 août 2005) 2327-2328, S. 26-32.

¹⁵ Christophe Boisbouvier, a.a.O., S. 26.

Einschluss der FANCI zu den insgesamt 28.000 Mann starken *Forces de défense et de sécurité* (FDS) zusammengefasst werden. Diese Einheiten waren nach dem gescheiterten Umsturzversuch im Jahr 2002 um 4.000 Mann aufgestockt worden. Auch die 1.000 Soldaten zählende Elitetruppe *Groupe de sécurité de la présidence de la République* (GSPR) setzt sich mehrheitlich aus *Bétés* zusammen.

Verschiedentlich wird nun gemutmaßt, dass der ehemalige Generalstabschef Doué prominenter Opfer der Ethnisierung des Sicherheitsapparats wurde und der Fehlschlag der Operation *Dignité* lediglich ein Vorwand war, um seine Entlassung zu rechtfertigen.¹⁶ Zumindest reagiert Doué damit, dass er nun offen für die Gegenseite Partei ergreift. An diesem Beispiel wird deutlich, auf welchem schmalen Grat sich der Präsident mit der *bétéisation* bewegt, denn dieses Vorgehen trägt zur Radikalisierung des politischen Klimas bei und die Macht der Militärs und Paramilitärs hat in den letzten Jahren eine kontinuierliche Erweiterung erfahren. In diesem Zusammenhang ist darauf zu verweisen, dass Gbagbo in Abidjan im Ernstfall auf weitere bis zu 4.000 Mann starke Milizen zurückgreifen kann, seitdem zwei der drei großen privaten Sicherheitsdienste des Landes von Personen aus seinem Umfeld aufgekauft worden sind und die dritte mit administrativen und fiskalischen Mitteln „eingehegt“ wurde.¹⁷ Zusätzliche Bedeutung kommt dem Sicherheitssektor noch durch den Umstand zu, dass im Westen des Landes in der Grenzregion zu Liberia anstelle der Zivilverwaltung ein Militärgouverneur regiert und die Präfekten sowie Unterpräfekten durch Offiziere der FANCI ersetzt worden sind.

Neben den genannten offiziellen militärischen und paramilitärischen Einheiten kann sich der Präsident auf die so genannten *Jeunes Patriotes* stützen. Diese regierungstreue Jugendbewegung entstand aus der *Fédération estudiantine et scolaire de Côte d'Ivoire* (FESCI), die 1995 bis 1998 vom heutigen Rebellenchef Soro geleitet wurde, und trat unter der Führung ihres aktuellen Vorsitzenden Charles Blé Goudé zuletzt besonders im Kontext der antifranzösischen Ausschreitungen vom November 2004 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Allerdings griff das Regime Gbagbos bereits seit 2002 bei der Bekämpfung der Rebellen auf diese Jugendlichen und Strukturen der Studentenorganisationen zurück. Jugendliche errichteten damals Tausende Straßensperren im Land und terrorisierten im Namen der Rebellenbekämpfung vielerorts die

Bevölkerung. Wirtschaftliche Perspektivlosigkeit lässt die Anhänger der *Jeunes Patriotes* besonders anfällig für die fremdenfeindliche Ideologie der *Ivoirité* werden.¹⁸

Keine Lösung des Konflikts in Sicht?

Elf Monate intensiver südafrikanischer Vermittlungsbemühungen haben keinen Ausweg aus der ivoirischen Krise gebracht. Nach zwischenzeitlichen Erfolgen erscheinen die Fronten nun wieder verhärteter denn je. Die Beteiligten weigern sich inzwischen, überhaupt miteinander zu sprechen. Rebellen und Opposition streben offene Wahlen ohne Beteiligung des jetzigen Amtsinhabers an. Dieses Ziel erscheint Kommentatoren allerdings als das einzige, was dieses Zweckbündnis wirklich eint. Präsident Gbagbo wiederum sieht sich insofern im Recht, als Südafrika ihm eine durchweg konstruktive Haltung bescheinigt: „*He has done everything the mediations team has asked him to do and has complied with all the Pretoria agreements reached with the rebels*“, wird Mbekis Verteidigungsminister Lekota, der die Verhandlungen über weite Strecken leitete, in der Presse zitiert.¹⁹ In gewisser Weise herrscht also eine Pattsituation, die sich sehr wahrscheinlich nur durch ein wie auch immer geartetes Eingreifen externer Akteure durchbrechen lässt. Die internationale Gemeinschaft spricht jedoch nicht mit gemeinsamer Stimme.

Ob individuell festgelegte Sanktionen, wie das Einfrieren von Auslandsguthaben oder Reiseverbote, aufseiten einzelner Protagonisten des Konflikts zu mehr Kooperationsbereitschaft beitragen könnten, ist bislang noch nicht erprobt worden. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass entsprechende Initiativen im UN-Sicherheitsrat erfahrungsgemäß auf den Widerstand Russlands und Chinas treffen würden. Die Rebellen scheinen eher darauf zu spekulieren, dass die internationale Gemeinschaft dazu bereit sein könnte, Gbagbo einen „weichen Abgang“ zu finanzieren. Wer dessen Biographie kennt, kann auf seine Bereitschaft hierzu eigentlich nicht vertrauen. Es stellt sich mithin die Frage, ob nicht auf die Rebellen ein ähnlich hoher Druck auszuüben ist wie auf die Regierungsseite, die insgesamt wesentlich bedeutsamere Zugeständnisse gemacht hat. Die in den Paragraphen 9 und 11 der Resolution 1572 (2004) des UN-Sicherheitsrats vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten bieten hierzu die entsprechende rechtliche Handhabe.

¹⁶ Unter dem Vorgängerregime galt Doué allerdings als FPI-Mann, seine Ethnie (Guéré) gilt als FPI-nah.

¹⁷ François Soudan: *Petite Chronique d'un grand divorce*. In: *Jeune Afrique / l'Intelligent* (10 juillet 2005) 2322, S. 71.

¹⁸ Zur Rolle der Jugendorganisationen im ivoirischen Konflikt: Ruth Marshall-Fratani: *Der Geist aus der Flasche. Die Rolle der rebellierenden Jugend beim Konflikt in Côte d'Ivoire*. In: *Der Überblick* 40 (2004) 1, S. 27-31 bzw. Yacouba Konate: *Les enfants de la balle. De la FESCI aux mouvements des patriotes*. In: *Politique Africaine* (mars 2003) 89, S. 49-70.

¹⁹ *Business Day* (Pretoria), 16.09.2005.

Auch der AU-Sicherheitsrat hat auf seiner 34. Sitzung, die am 3. Juli 2005 in Sirte (Libyen) stattfand, prinzipiell seine Bereitschaft erklärt, auf Empfehlung des Vermittlers (Mbeki) konkrete Maßnahmen gegen diejenigen, die den Friedensprozess blockieren, zu ergreifen. Dieser Möglichkeit haben die Konfliktparteien mit der Erklärung von Pretoria am 29. Juni 2005 sogar selbst zugestimmt. Immerhin hat der Botschafter Griechenlands bei den Vereinten Nationen, Adamantios Vassilakis, Vorsitzender des UN-Sanktionskomitees für Côte d'Ivoire, angekündigt, sich vor Ort über den Stand des Friedensprozesses zu informieren.

Ein Blick auf die wirtschaftliche Lage Côte d'Ivoires zeigt, dass die dortige Bevölkerung der große Verlierer des Elitenstreits ist. Bereits vor dem Ausbruch der Krise gehörte das einstige Vorzeigeland zu den ärmsten der Welt; es belegt mit einem Wert von 0,399 (2002) im *Human Development Index* des UNDP unter 177 Staaten gerade einmal den 163. Rang. Eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung ist unter den herrschenden politischen Bedingungen illusorisch, zumal die Zusammenarbeit mit den internationalen Finanzinstitutionen auf Eis liegt und kein offizielles *Poverty Reduction Strategy Paper* existiert. Damit kann Abidjan auch nicht wie das benachbarte Ghana von einem Schuldenerlass im Rahmen der HIPC-II-Initiative profitieren. Die ivoirische Volkswirtschaft schrumpfte zuletzt um ca. 2% jährlich. Dies betraf aber vor allem das verarbeitende Gewerbe, was mit dem Exodus französischer Staatsbürger eng zusammenhängen dürfte. Die Kakaoproduktion, das wirtschaftliche Rückgrat des Landes, erholte sich mittlerweile in etwa auf Vorkriegsniveau, wobei sich die Pflanzungen vor allem im Süden und damit in einem Gebiet befinden, das wie die für die Vermarktung wichtigen Häfen San Pedro und Abidjan unter Kontrolle der Regierung steht. Côte d'Ivoire beherrscht somit weiterhin zu 40% den Weltmarkt für das „braune Gold“. Während davon auszugehen ist, dass in den Rebellionsgebieten hauptsächlich Subsistenzwirtschaft betrieben wird, verbleibt dem Regime Gbagbo mit den aus dem Kakaoexport resultierenden Renten seine Haupteinnahmequelle, wenn auch der Schmuggel über den ghanaischen Hafen Tema blüht.

Dennoch: Die seit langem zu beobachtenden ökonomischen Krisenerscheinungen deuten im Verein mit der seit der Rebellion herrschenden prekären Sicherheitssituation darauf hin, dass der gesamte Staat in einer tiefen Existenzkrise steckt.²⁰ Die dominierende Plantagenwirtschaft bietet der Staatsklasse tendenziell immer weniger Möglichkeiten der Rentenaneignung und Patronage. Von den jeweiligen Machthabern in Abidjan wurden die sich verengenden Verteilungsspielräume seit dem Tod Houphouët-Boigny 1993 durch die Flucht in den Nationalismus zu kaschieren versucht. Die „Friedensfähigkeit“ der Gesellschaft blieb dabei auf der Strecke und es wurde eine Situation der strukturellen Instabilität geschaffen.²¹ Das Entstehen gewaltoffener Räume und das Fehlen administrativer Kapazitäten wird mittelfristig vor allem in den Rebellionsgebieten kaum umkehrbar sein. Schlimmeres könnte allerdings durch eine baldige Durchführung akzeptabler und durch die Wahlverlierer akzeptierter Wahlen verhindert werden. Nach einer Einigung der gesellschaftlichen Eliten bedürfte es dann aber noch der Bändigung der zahlreichen Gewaltakteure. Wenigstens zum Teil wird man diese in die Nachkriegsordnung einbeziehen müssen.

In Abidjan steigt unterdessen die Nervosität: die einen rechnen mit einem Coup „à l'Aristide“ (das heißt, der Entführung Gbagbos durch Geheimdienste), andere mit einer Ermordung des Präsidenten. Jedenfalls wird die Gerüchteküche im FPI-Lager wieder kräftig angeheizt. Es könnte noch ein schwieriges Jahresende werden.

²⁰ Der *Corruption Perception Index* von Transparency International zeigt, dass Korruption lediglich in zwei untersuchten afrikanischen Ländern – in Nigeria und Tschad – als ein noch stärkeres Problem wahrgenommen wird.

²¹ Zum Konzept der strukturellen Instabilität vgl.: Andreas Mehler: *Legitime Gewaltoligopole – eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika?* (IAK-Diskussionsbeiträge 22) Hamburg 2003, S. 5ff.

Chronik der jüngsten Ereignisse

- 06.11.2004 Bombenangriff der ivorischen Regierung auf französisches Militärlager in Bouaké, Zerstörung der gesamten Luftwaffe des Landes bei entsprechendem Vergeltungsschlag; AU-Vorsitzender Obasanjo betraut südafrikanischen Präsidenten Mbeki mit Vermittlungsmission zwecks Lösung der ivorischen Krise.
- 10.11.2004 Beginn der Evakuierung ausländischer Staatsbürger mit Hilfe der französischen Armee; zurück bleiben im Wesentlichen nur Franzosen ivorischer Abstammung.
- 19.11.2004 Übergabe des Amts des Generalstabschefs Doué an den Hardliner Mangou.
- 02.02.2005 Chirac stellt auf gemeinsamer Pressekonferenz mit dem senegalesischen Präsidenten Wade indirekt die Eignung Mbekis als Vermittler in Frage.
- 06.04.2005 Einvernehmliche Beendigung des Kriegszustands durch alle Parteien im Abkommen von Pretoria, Vereinbarung der nächsten Schritte im Friedensprozess.
- 26.04.2005 Präsident Gbagbo erklärt, alle Unterzeichner des Abkommens von Linas-Marcoussis könnten sich bei anvisierten Präsidentschaftswahlen als Kandidaten aufstellen lassen.
- 29.06.2005 Gemeinsame Erklärung zur Implementierung des Abkommens von Pretoria.
- 09.07.2005 Regierungsarmee und Rebellen unterzeichnen Terminplan für ein Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprogramm.
- 15.07.2005 Gbagbo setzt per Dekret mehrere, seit dem Abkommen von Linas-Marcoussis anhängige Gesetzesänderungen in Kraft (betreffend u.a. Wahlrecht, Staatsbürgerschaftsfrage, Parteienfinanzierung und Medien); Rebellen zweifeln in der Folge deren Vereinbarkeit mit dem Abkommen an, stellen die Legitimität des Vermittlers Mbeki in Frage, nachdem von ihm beauftragte Juristen die Dekrete für rechtens erklären, und verweigern die Umsetzung des Entwaffnungsplans.
- 16.08.2005 Offener Brief des ehemaligen Sprechers der Regierungsarmee, Yao Yao, in dem dieser die Namen von Personen aus dem unmittelbaren Umfeld des Präsidenten nennt und sie als für im Land agierende Todesschwadronen verantwortlich bezeichnet.
- 20.08.2005 Ehemaliger Generalstabschef Doué solidarisiert sich mit Yao Yao, kündigt über Radio France International, das seit 15.07.2005 nicht mehr in Côte d'Ivoire senden darf, seine baldige Rückkehr nach Côte d'Ivoire an und erklärt, der Sturz Gbagbos sei dann nur noch eine Frage von Tagen; in Erklärung vom 29.06.2005 genannter Termin für das Ende der Entwaffnung der Milizen verstreicht unerfüllt.
- 30.08.2005 Südafrikanischer Vizeaußenminister Pahad spricht vom Abschluss der südafrikanischen Vermittlungsmission.
- 31.08.2005 Südafrikanischer Verteidigungsminister Lekota berichtet vor dem UN-Sicherheitsrat über den Stand der Vermittlungsbemühungen und macht die Rebellen für das Stocken des Friedensprozesse verantwortlich; Pretoria wird seine Mission lt. Ratsvorsitzendem Oshima (Japan) weiter erfüllen.
- 02.09.2005 Es wird bekannt, dass Gbagbo die umstrittenen Dekrete vom 15.07. entsprechend südafrikanischen Vorschlägen modifiziert hat.
- 08.09.2005 UN-Generalsekretär Annan sagt im Gespräch mit RFI, dass der Wahltermin vom 30.10.2005 nicht zu halten ist.
- 14.09.2005 AU-Sicherheitsrat fordert auf seiner 38. Sitzung am Rande des UN-Gipfels eine Lageeinschätzung durch einen ECOWAS-Gipfel, der einem AU-Gipfel umgehend berichten soll.
- 16.09.2005 AFP berichtet von der erfolgreichen Entwaffnung von 5.000 als regierungstreu anzusehenden Milizionären im Westen des Landes.
- 19.09.2005 Gbagbo lehnt in einem Brief an Annan eine Vermittlung durch die ECOWAS im Voraus ab, da einige ihrer Mitgliedsstaaten direkt in den ivorischen Konflikt verstrickt seien.
- 20.09.2005 Mbekis Büro weist mit scharfen Worten französische Presseberichte vom 17.09. zurück, wonach er durch die AU seines Vermittlungsauftrags enthoben worden sei.
- 22.09.2005 Gbagbo unterzeichnet das Dekret zur Errichtung der Unabhängigen Wahlkommission.
- 30.09.2005 ECOWAS-Krisengipfel hauptsächlich zur Côte d'Ivoire ohne Beteiligung Gbagbos.

Autoren:

Axel Biallas, Student der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig
E-Mail: axel-biallas@gmx.de

Dr. Andreas Mehler, Direktor des Instituts für Afrika-Kunde, Hamburg
E-Mail: mehler@iak.duei.de

Impressum: *AFRIKA IM BLICKPUNKT* erscheint unregelmäßig und bietet Hintergrundinformationen zu aktuellen Entwicklungen im subsaharischen Afrika. Herausgeber ist das Institut für Afrika-Kunde (IAK) in Hamburg.

Anschrift der Redaktion: Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de

Das IAK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Das Institut für Afrika-Kunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht des Instituts für Afrika-Kunde darstellen. Der Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit Erlaubnis der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gero Erdmann / Susan Steiner
Redaktionsassistentin: Ellen Baumann
Satz: IAK

ISSN 1619-3156

Institut für Afrika-Kunde
Institute of African Affairs
im Verbund Deutsches Übersee-Institut
– Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft –
Neuer Jungfernstieg 21
20354 Hamburg
Tel.: 040 / 42825-523
Fax: 040 / 42825-511
E-Mail: iak@iak.duei.de
Internet: <http://www.duei.de/iak>



Afrika im Blickpunkt erscheint seit 2002. Alle bisher erschienenen Nummern sind über die Website des IAK kostenlos abrufbar. Im Jahr 2005 sind bisher erschienen:

| | | |
|-----------------------------------|---|--|
| Nr. 1 – 2005 Juni 2005 | Dirk Kohnert | Togo: Ein Lehrstück fehlgeleiteter Demokratisierung |
| Nr. 2 – 2005 Juli 2005 | Susan Steiner | Schuldenerlass für die ärmsten Länder: Spielt Good Governance wirklich eine Rolle? |
| Nr. 3 – 2005 Sept. 2005 | Selamawit Ghebrezghi/ Rainer Tetzlaff | Äthiopiens Parlamentswahlen vom 15. Mai 2005: Liberalisierung wider Willen? |
| Nr. 4 – 2005 Okt. 2005 | Axel Biallas/ Andreas Mehler | Nach elf Monaten südafrikanischer Vermittlung: Keine Wahlen in Côte d'Ivoire – Friedensprozess in der Sackgasse |